

Mehr Kontrolle für die Kontrolleure

Ratingagenturen. Seit geraumer Zeit entzündet sich heftige Kritik an der Arbeit von Moody's, Fitch & Co. Den amerikanischen Ratingagenturen wird vorgeworfen, eine Mitschuld an der Finanz- und Schuldenkrise zu tragen. Deshalb fordern manche eine europäische Ratingagentur als Gegengewicht.

Keine Chance – Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble glaubt nicht daran, dass sich neben den drei großen amerikanischen Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's

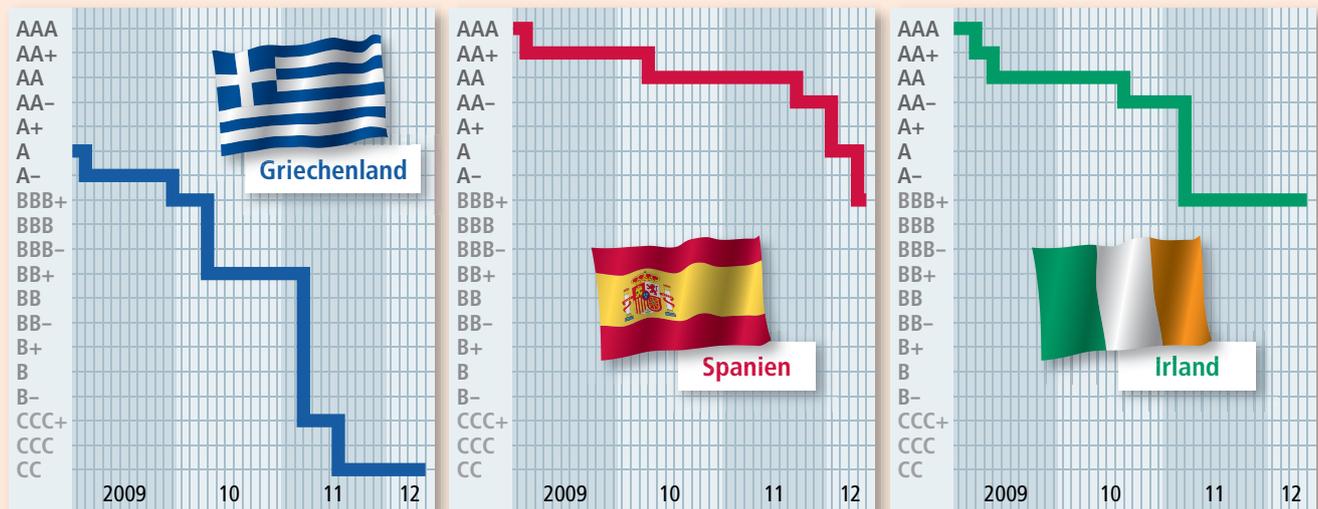
und Fitch, die 95 Prozent des Marktes unter sich aufteilen, ein europäisches Pendant etablieren lässt.

Andere sind da optimistischer: Die Unternehmensberatung Roland

Berger etwa hat eine privat finanzierte europäische Agentur vorgeschlagen – deren Gründung hängt allerdings davon ab, ob sich genügend Geldgeber finden. Und vor wenigen Wochen präsentierte die Bertelsmann Stiftung ein Modell, für das 400 Millionen Dollar notwendig sind und das sich auf Länderratings konzentriert. →

Rating: Absturz der Krisenländer

So bewertete Standard & Poor's diese Länder



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Nr. 23

Inhalt

Chemie-Industrie. Die Tarifparteien haben sich Ende Mai auf eine 4,5-prozentige Lohnerhöhung geeinigt – und noch auf einiges mehr.
Seite 3

Arabische Fluglinien. So versuchen die Airlines vom Golf, sich im internationalen Luftverkehr zu etablieren.
Seite 4-5

Klimapolitik. Um die CO₂-Emissionen langfristig zu senken, müssen auch die Schwellen- und Entwicklungsländer mitziehen.
Seite 6

Steuererklärung. Fast einen ganzen Arbeitstag müssen Arbeitnehmer investieren, um die jährlich fällige Erklärung zu erstellen.
Seite 7

Fußball-Europameisterschaft. In diesem Jahr stellt die Bundesliga insgesamt 48 Spieler in unterschiedlichen Nationalkademern.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ Damit die Länderratings der von Bertelsmann initiierten Agentur Schuldenkrisen frühzeitig erkennen, sollen die europäischen Bonitätswächter nicht nur die makroökonomischen Daten der einzelnen Staaten unter die Lupe nehmen, sondern auch politische und sozioökonomische Indikatoren.

Die amerikanischen Bonitätswächter dagegen bilden sich ihr Urteil anhand eines Indikatoren-Sets, das für Außenstehende kaum nachzuvollziehen ist – und stehen auch deshalb im Verdacht, so manche Krise ausgelöst oder zumindest verstärkt zu haben. So verteilten sie viel zu lange viel zu gute Bonitätsnoten für Anleihen, die auf amerikanischen Hypothekendarlehen basier-

ten, und trugen so 2007 zum Ausbruch der Finanzkrise bei. Wenige Jahre später, 2010/2011, stuften die Ratingagenturen griechische, spanische und irische Staatsanleihen herab (Grafik Seite 1), obwohl die Europäische Union zu diesem Zeitpunkt bereits milliardenschwere Hilfspakete zugesagt hatte.

Für die betroffenen Länder kann eine Herabstufung dramatische Konsequenzen haben. Spanien beispielsweise wurde vor wenigen Wochen von A auf BBB+ heruntergestuft und muss mittlerweile zwischen 6 und 7 Prozent Zinsen für neue Kredite zahlen. Deutschland dagegen hat die Höchstnote AAA (Kasten) – und bezahlt für seine zehnjährigen Staatsanleihen nur etwas mehr als 1 Prozent Zinsen.

Und es kommt noch schlimmer: Da viele Fonds und Versicherungen nur erstklassig bewertete Staatsanleihen kaufen dürfen, stoßen sie Papiere von herabgestuften Ländern ab – was einen Teufelskreis aus steigenden Zinsen und weiteren Herabstufungen auslösen kann.

Die Ratingfirmen tragen also eine große Verantwortung – und obwohl sie dieser zuletzt nicht immer gerecht geworden sind, haben sie kaum an Macht eingebüßt. Die Geschäfte der Ratingriesen florieren nach wie vor:

Die weltweit einzige börsennotierte Ratingagentur, Moody's, steigerte ihren Gewinn im ersten Quartal dieses Jahres um 11 Prozent auf rund 172 Millionen Dollar.

Trotz aller Kritik: Ratingagenturen sind wichtig für den Finanzmarkt. Ihr Urteil diszipliniert nicht nur das herabgestufte Land; auch andere Länder sehen sich durch ein abschreckendes Beispiel dazu veranlasst, ihren Staatshaushalt sorgfältig im Auge zu behalten.

Ein korrektes Rating erhöht zudem die Investitionsbereitschaft, da viele Anleger gar nicht in der Lage sind, die Informationen eines Anleihe-Emittenten selbst zu überprüfen. Die etablierten Ratingagenturen haben überdies viel Erfahrung bei der Kreditwürdigkeitsprüfung: Fitch, Moody's und Standard & Poor's tragen bereits seit 1975 das Gütesiegel der United States Securities and Exchange Commission (Grafik).

Gleichwohl ließe sich der Ratingprozess optimieren:

- **Mehr Transparenz.** Ratingagenturen sollten offenlegen, wie ihre Ratings zustande kommen.
- **Mehr Wettbewerb.** Um Interessenkonflikte zu vermeiden und den Wettbewerb zu erhöhen, sollten Staaten und Unternehmen gezwungen werden, ihre Ratingagentur regelmäßig zu wechseln – zum Beispiel alle drei oder fünf Jahre.
- **Mehr Verantwortung.** Für den Fall, dass eine Ratingagentur vorsätzlich oder grob fahrlässig eine „falsche“ Benotung abgegeben hat, sollte sie zumindest eine Teilhaftung übernehmen.

Ratingagenturen: Geprüft und für gut befunden

Folgende Agenturen sind seit 1975 von der United States Securities and Exchange Commission (SEC) förmlich anerkannt worden und dürfen den Titel Nationally Recognized Statistical Rating Organization (NRSRO) tragen. In den USA dürfen nur Ratings von NRSRO-Agenturen für Kapitalmarktzwecke herangezogen werden. Die europäische Entsprechung des NRSRO-Titels ist die External Credit Assessment Institution (ECAI).

Förmlich anerkannt seit	
Fitch Ratings, USA	1975
Moody's, USA	1975
Standard & Poor's, USA	1975
DBRS, Kanada	2003
A. M. Best Company, USA	2005
Japan Credit Rating Agency, Japan	2007
Rating and Investment Information, Inc., Japan	2007
Egan-Jones Ratings Company, USA	2007
Morningstar Credit Ratings (ehemals Realpoint LLC), USA	2008
Kroll Bond Rating Agency, USA	2010

Quelle: Nationally Recognized Statistical Rating Organization (NRSRO)

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IWI Medien - Iwd 23

Von AAA bis D

Ratingagenturen beurteilen die Kreditwürdigkeit von Staaten, Unternehmen und Finanzprodukten. Während die Betriebe den Agenturen dafür einen konkreten Auftrag erteilen müssen, werden manche Staaten – darunter auch Deutschland – benotet, ohne dafür zahlen zu müssen. Die Benotung erfolgt anhand einer 22-stufigen Skala: Sie reicht von AAA, der besten Note, bis D wie „Default“, das bedeutet, der Schuldner wird als zahlungsunfähig eingestuft. Das Rating ist für viele Investoren und Behörden relevant, weil sie sich bei ihren Finanzgeschäften an der jeweiligen Benotung orientieren.

Die Demografie im Blick

Chemie-Industrie. Die Tarifparteien der Chemie-Industrie haben sich geeinigt – nicht nur über reine Entgelterhöhungen. Das Tarifpaket beinhaltet auch Maßnahmen, mit denen die Branche dem Fachkräftemangel entgegenwirken will.

Die Chemie-Industrie blickt auf eine Sozialpartnerschaft zurück, die seit mehr als 40 Jahren auf Kompromiss statt Konfrontation setzt. Der letzte Streik datiert aus dem Jahr 1971 – seitdem gab es auch keine Warnstreiks mehr. Geschadet hat das den etwa 550.000 Beschäftigten der Branche nicht – die Löhne waren real immer im Plus (Grafik).

Zwischen 2000 und 2011 stiegen die Tarifverdienste um 31 Prozent und damit um rund 11 Prozentpunkte mehr als die Verbraucherpreise.

Im Sommer werden die Tarifentgelte um weitere 4,5 Prozent erhöht. Außerdem verständigten sich die Tarifparteien darauf, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken – zum einen über längere Wochenarbeitszeiten, aber auch über eine längere effektive Lebensarbeitszeit.

Die wichtigsten Regelungen im Überblick:

- **Entgelte:** Nach einem „Nullmonat“ steigen die Entgelte je nach Region ab Juli, August oder September um 4,5 Prozent. Die Laufzeit beträgt 19 Monate. Der Auszahlungszeitpunkt kann um einen Monat vorgezogen, aber auch um zwei Monate verschoben werden. Der Betriebsrat muss dem allerdings zustimmen.
- **Demografie-Korridor:** Bereits seit 1992 sind zeitlich befristete Abwei-

Chemische Industrie: Löhne auch real im Plus



chungen von der Regel-Wochenarbeitszeit (37,5 Stunden) um bis zu 2,5 Stunden möglich. Ein neuer Korridor erlaubt nun, die Arbeitszeit aus demografischen Gründen zu flexibilisieren, etwa, wenn für ausscheidende Mitarbeiter nicht genügend Fachkräfte nachrücken. Beschäftigte können dann bis zu 40 Stunden pro Woche arbeiten. Die zusätzlichen Stunden werden grundsätzlich einem Zeitkonto gutgeschrieben. Trifft dies nur einzelne Arbeitnehmer(gruppen), müssen die Tarifparteien nicht extra zustimmen, die Zustimmung des Betriebsrats reicht. Auch der umgekehrte Fall ist möglich: Um einzelne Beschäftigte zeitlich zu entlasten, kann die Wochenarbeitszeit um bis zu 2,5 Stunden reduziert werden.

- **Demografie-Fonds:** Der 2008 geschlossene Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“ sah vor, dass die Arbeitgeber ab Januar 2010 pro Jahr und Tarifbeschäftigten einen Demografie-Betrag von 300 Euro in einen betrieblichen Demografie-Fonds einzahlen. Die Mittel konnten u.a. auf Langzeitkonten angespart werden. Die Arbeitgeber

haben nun zugesagt, diesen Fonds in den Jahren 2013, 2014 und 2015 aufzustocken – um 200 Euro pro Jahr und Tarifbeschäftigten. Diese Mittel können ausschließlich für eine lebensphasengerechte Arbeitszeitgestaltung eingesetzt werden.

- **Neues Optionsmodell:** Bislang wurden die Wochenarbeitszeiten für Vollzeitbeschäftigte ab 57 Jahren automatisch um 2,5 Stunden reduziert. Im Rahmen der lebensphasengerechten Arbeitszeitgestaltung können Betriebsrat und Geschäftsführung nun die Option schaffen, diesen Anspruch individuell umzuwandeln. Nun kann ein Mitarbeiter die Stunden einsetzen, um seine Arbeitszeit zu einem späteren Zeitpunkt um 20 Prozent zu verkürzen. Mithilfe der Fondsmittel wird – solange sie zur Verfügung stehen – das Entgelt in dieser „Vollzeit-80-Phase“ auf Vollzeithöhe aufgestockt. Den Unternehmen nützt diese innovative Regelung, weil die Gruppe der 55- bis 60-Jährigen künftig mehr Stunden arbeiten dürfte. Gleichzeitig verbessern sich für die über 60-Jährigen die Chancen, länger zu arbeiten.

Die Konkurrenz vom Golf

Arabische Fluglinien. Die Scheichtümer am Golf positionieren sich mit ihren Airlines als ideale Drehscheibe zwischen Europa und dem rasant wachsenden asiatischen Markt. Weil die arabischen Fluggesellschaften in Deutschland jedoch nur eine begrenzte Zahl an Slots für Starts und Landungen bekommen, halten sie sich eine Hintertür offen.

Wer sich auf www.flightradar24.com die Flugbewegungen über Deutschland ansieht, stößt immer wieder auf Kürzel wie UAE, ETD oder QTR. Dahinter verbergen sich die arabischen Fluggesellschaften Emirates aus Dubai, Etihad aus Abu Dhabi und Qatar Airways aus Doha. Diese Carrier steuern jedoch nur wenige deutsche Flughäfen an. Meist sind sie auf dem Weg zu einem anderen europäischen Ziel – allen voran London.

Dass Deutschland in der Regel mehr über- als angefliegen wird, hat einen Grund: Die Airlines aus den Vereinigten Arabischen Emiraten besitzen nur das Recht auf 84 Anflüge deutscher Flughäfen pro Woche. Dabei verfügt allein Emirates über 63 Slots auf vier Flughäfen – neben den Drehkreuzen Frankfurt und München sind dies Düsseldorf und Hamburg (Grafik). Der arabische Marktführer möchte aber auch Berlin und Stuttgart ansteuern.

Doch der Bundesverkehrsminister stellt sich quer, weil die Staatscarrier aus den arabischen Öl- und Steuerparadiesen allzu große Kostenvorteile gegenüber den deutschen Linien Lufthansa und Air Berlin haben (Interview). Mit ihren Direktverbindungen von kleineren deutschen Flughäfen nach Asien könnten sie die Drehkreuzfunktion von Frankfurt gefährden – und damit auch das Geschäftsmodell des heimischen Marktführers Lufthansa.

Denn die Airline mit dem Kranich bietet die meisten Langstreckenflüge von Rhein-Main aus an – und lastet so die (Zubringer-)Flüge von Berlin, München, Hamburg etc. in die Mainmetropole aus.

Wie lange Emirates allerdings noch ausgesperrt werden kann, ist fraglich – zumal der Druck auf die Politik von anderer Seite wächst. Berlin etwa wünscht sich für seinen neuen Airport Verbindungen in alle Welt – da kommen die Avancen von Emirates und Co. gerade recht.

Die Expansionsgelüste der Gesellschaft aus Dubai sind gut unterfüttert. Die Airline hat bereits 167 Flieger im Einsatz und weitere 216 Maschinen auf dem Bestellzettel – also braucht sie Flugziele und Passagiere.

Emirates ist zudem die Gesellschaft mit der bei weitem größten A380-Flotte – 24 Superjumbos fliegen bereits, 90 sollen es einmal sein.

Aber auch die kleinere Etihad aus Abu Dhabi will wachsen – und hat ein Schlupfloch gefunden, um den deutschen Markt aufzurollen. Sie nutzt Air Berlin, an der sie seit Anfang 2012 mit 29,2 Prozent beteiligt ist, als Trojanisches Pferd:



Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachge

Dr. Klaus-Heiner Röhl, Luftfahrtexperte im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es heißt immer wieder, die arabischen Fluggesellschaften seien hochsubventioniert? Die bestreiten das.

Ob die neue Konkurrenz aus Mittelost direkt subventioniert wird, ist tatsächlich umstritten. Sie müssen die gleichen Landegebühren zahlen und das Kerosin bekommen sie auch nicht geschenkt.

Mit den fast unbegrenzten Kapitalreserven der Ölscheichtümer im Hintergrund benötigen die Fluggesellschaften vom Golf nicht unbedingt direkte Subventionen aus der Staatschatulle, um ihre Flotten aus jungen Großraumfliegern wie dem Airbus A380 und der Boeing B777 in Rekordzeit aufzubauen. Denn das eingesetzte Kapital der halbstaatlichen Investitionsfonds lässt sich kaum sauber von der Staatskasse trennen.

Zudem sind Steuern und Sozialabgaben in den reichen Ölstaaten unbekannt, was ihren Airlines einen gewaltigen Wettbewerbsvorteil verschafft. Damit sind die Crews viel billiger als die der Lufthansa beispielsweise.

Wie sieht es bei den indirekten Subventionen aus?

Da tut sich einiges. Die Scheichtümer finanzieren ihren Airlines Mega-Flughäfen als Heimatbasen. So wird der Airport von Dubai derzeit auf eine Kapazität von 90 Millionen Passagieren pro Jahr ausgebaut, 2011 wurden hier schon 51 Millionen Fluggäste gezählt. Aufgrund des schnellen Verkehrswachstums soll er aber ab 2020 durch einen neuen Großflughafen für bis zu 160 Millionen Passagiere ergänzt werden. Dies wäre dann der größte Airport der Welt. Und ein Nachtflugverbot gibt es in der Wüste nicht, da wird nachts umgestiegen. Auf diese Weise kann man natürlich auch Wettbewerber ausstechen. In Frankfurt beispielsweise kann nur tagsüber geflogen werden.

Air Berlin übernimmt jene Strecken von deutschen Städten, die die Golf-Airline nicht bedienen darf.

Das bringt für die Berliner mehr Auslastung auf Flügen in die Vereinigten Arabischen Emirate und der arabische Partner füllt seine Anschlussflüge gen Osten. Neben den drei Deutschlandverbindungen von Etihad bietet Air Berlin zwei weitere Strecken von Berlin und Hamburg nach Abu Dhabi. Das ist zwar noch nicht viel – aber Etihad denkt stra-

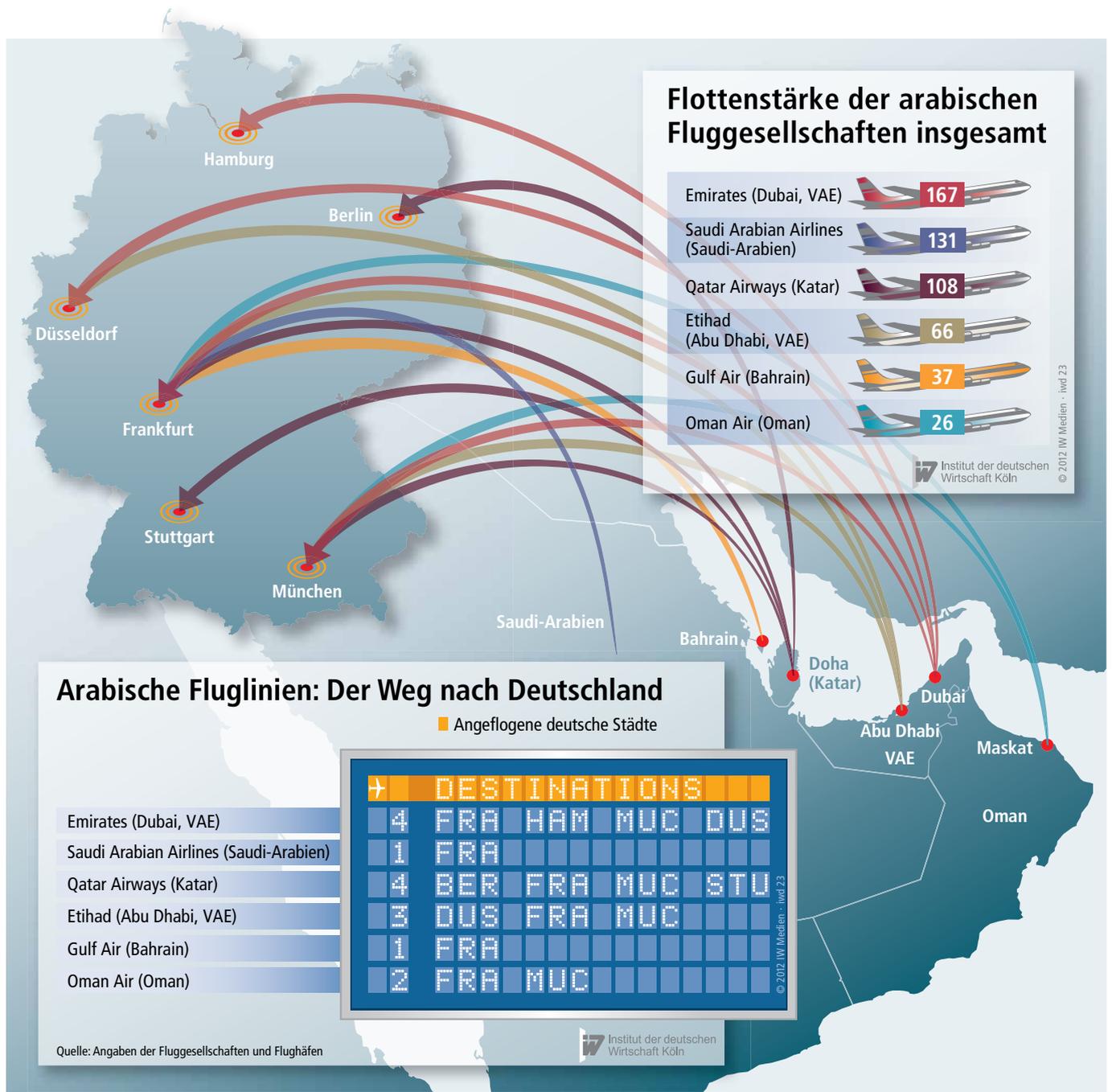
tegisch, wie sich an den Erweiterungsplänen der Airline ablesen lässt: 95 Flieger sind fest bestellt, auf 85 weitere Flieger hat der Carrier Optionen.

Auch andere arabische Fluggesellschaften wie die bahrainische Gulf Air oder Qatar Airways aus Doha, die 108 Flugzeuge und 184 Bestellungen auflisten kann, haben ambitionierte Expansionspläne.

Zu den Schwachpunkten der Golf-Airlines zählt, dass sie – mit

Ausnahme von Saudi Arabian Airlines – bislang nicht Mitglied eines der großen Luftfahrtbündnisse wie Star Alliance oder Oneworld sind. Das hätte den Vorteil, dass die einzelnen Gesellschaften einer Allianz ihren Kunden deutlich mehr Ziele und Anschlussflüge bieten können – nämlich auch die der Partner.

Weitere gezielte Beteiligungen wie jene an Air Berlin könnten das jedoch wettmachen, da sie ebenfalls die Vorteile einer Allianz bieten.



Ein zähes Geschäft

Klimapolitik. Das Kyoto-Protokoll läuft aus und mehrere Nachfolge-Verhandlungen sind bereits gescheitert – nun soll es die Klimakonferenz Ende des Jahres in Katar richten. Wichtige Weichen dafür sollte der gerade beendete zweiwöchige UNO-Gipfel in Bonn stellen.

Die gute Nachricht zuerst: Dank des vor 15 Jahren verabschiedeten Kyoto-Protokolls dürfte der Treibhausgas-Ausstoß der Industrieländer, die es ratifiziert haben, bis Ende dieses Jahres vermutlich um die vereinbarten 5 Prozent gesunken sein. Den internationalen Klimaschutz dagegen hat das Abkommen nicht vorangebracht – ganz im Gegenteil: Seit 1990 sind allein die Emissionen von Kohlendioxid weltweit um zwei Drittel gestiegen.

Das Kyoto-Protokoll läuft zudem Ende Dezember aus – und die Ge-

fahr, dass alles für die Katz war und es kaum einen Nachfolger geben wird, ist größer denn je. Daher war schon vor den Bonner Zwischenverhandlungen klar: Das Kyoto-Protokoll soll übergangsweise verlängert werden und bis 2020 ein Klimavertrag in Kraft treten, der zumindest alle wichtigen Treibhausgas-Emitenten einbezieht. Bis 2015 soll das neue Abkommen erarbeitet sein.

Die Verlängerung des Kyoto-Protokolls ist eine Notlösung – schließlich haben die Staaten bereits jahrelang erfolglos um ein neues umfassendes Klimaabkommen gerungen. Und auch jetzt gibt es Streit. Erstens darüber, ob das Protokoll fünf oder acht Jahre verlängert werden soll, und zweitens darüber, wer künftig wie viele Emissionen einsparen soll.

Zudem möchten nicht mehr alle Kyoto-Staaten weiter mitmachen. Nachdem Kanada schon im vergan-

genen Jahr den Rückzug angetreten hat, sind jetzt auch Russland und Japan möglicherweise nicht mehr dabei. Die USA hatten das Kyoto-Protokoll gar nicht erst ratifiziert.

Allerdings sinkt die Bedeutung der vermeintlichen Klimaschutz-Vorreiter ohnehin, da sie längst nicht mehr die größten Treibhausgas-Emitenten sind (Grafik):

Selbst wenn sich alle bisherigen Kyoto-Staaten entscheiden, weiterhin CO₂ zu sparen, kommt diese Ländergruppe bis 2050 nicht einmal mehr auf ein Drittel des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes.

Der Großteil entfällt dann auf die aufstrebenden Länder Brasilien, Indien, Indonesien, China und Südafrika. Für diese Entwicklung ist vor allem der steigende Energiebedarf verantwortlich – bis 2035 wird er weltweit um etwa ein Drittel zulegen. Die Internationale Energieagentur prognostiziert, dass künftig die Dynamik der Energiemärkte zu 90 Prozent von Schwellen- und Entwicklungsländern bestimmt wird.

Doch inwiefern sich diese schnell wachsenden Nationen zu Klimaschutzziele verpflichtet lassen, bleibt auch nach zwei Wochen Verhandlungen in Bonn wieder mal unklar.

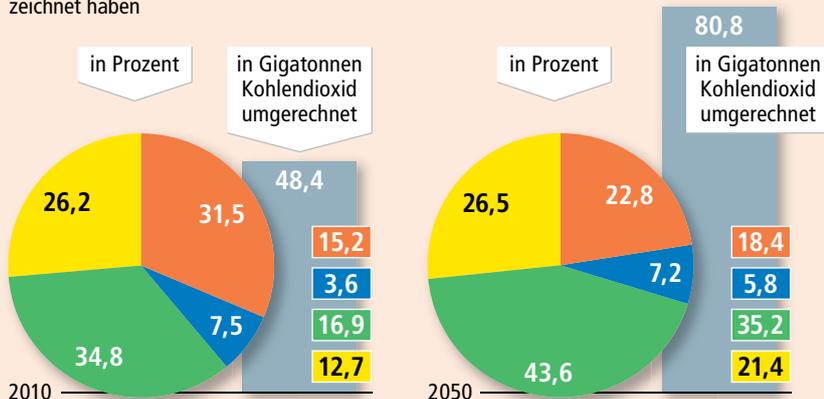
Und last but not least könnte sich die globale ökologische Bilanz auch dadurch weiter verschlechtern, dass die Produktion emissionsintensiver Güter in Länder ohne Klimaschutzmaßnahmen verlagert wird. Werden diese Waren dann auch noch über weite Strecken wieder importiert, ist dem Klimaschutz ein Bärendienst erwiesen worden.

Die Luft wird schlechter

Vor 15 Jahren haben wenige Industriestaaten das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, um die globalen Treibhausgas-Emissionen zu senken. Allein richten sie jedoch wenig aus.

Entwicklung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen

■ OECD-Staaten, die das Kyoto-Protokoll unterzeichnet haben
 ■ Russland und übrige Kyoto-Staaten
 ■ Brasilien, Indien, Indonesien, China, Südafrika
 ■ Restliche Nicht-Kyoto-Staaten
 ■ Insgesamt



Prognose
Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 23

Lästige Pflicht

Steuererklärung. Nur jeder achte Arbeitnehmer hat keine Probleme mit seiner Steuererklärung – für jeden dritten ist der bürokratische Aufwand in den letzten Jahren dagegen sogar gestiegen. Dies sind Ergebnisse einer Befragung von 1.000 Arbeitnehmern durch die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Viele Arbeitnehmer haben kürzlich ihre Steuererklärung erstellt, denn wie jedes Jahr sollte sie im Normalfall bis zum 31. Mai abgegeben werden. Die meisten Bundesbürger empfinden es aber als Last, jedes Jahr die komplizierten Bögen ausfüllen zu müssen. Zwar diskutiert die Politik schon seit Jahrzehnten immer wieder über Vereinfachungen – bis hin zur berühmten Steuererklärung, die angeblich auf einen Bierdeckel passt. Passiert ist aber fast nichts.

Welchen Aufwand die Arbeitnehmer treiben müssen, um ihre Steuererklärung zu erstellen, hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH in einer Online-Umfrage unter 1.000 Arbeitnehmern ermittelt (Grafik):

Nur knapp 87 Prozent der Arbeitnehmer geben 2012 überhaupt eine Steuererklärung ab.

Den übrigen 13 Prozent bleibt das Procedere erspart. Vielen von ihnen deshalb, weil sie ein so geringes Einkommen hatten, dass sie gar keine Steuern gezahlt haben – das sagen rund vier von zehn derjenigen, die auf eine Steuererklärung verzichten. Gut 28 Prozent füllen die Bögen nicht aus, weil sich der Aufwand nicht lohnt oder es zu kompliziert ist.

Steuererklärung: Nix Bierdeckel

So viel Prozent der Arbeitnehmer finden, dass die Erstellung ihrer Steuererklärung in den letzten fünf Jahren ...



Wer sich das Ganze nicht ersparen will oder kann, investiert fast einen ganzen Arbeitstag in die Steuererklärung, im Schnitt sind es 6,3 Stunden. Dabei gilt: Je höher der Bildungsabschluss, desto länger brauchen die Arbeitnehmer, und Frauen nehmen sich mehr Zeit als Männer.

Ob der Zeitaufwand als hoch oder gering angesehen wird, ist letztlich eine Frage der subjektiven Einschätzung. Jeder zweite Arbeitnehmer findet es jedenfalls aufwendig, die Steuererklärung zu machen.

Lediglich knapp 13 Prozent sehen es als einfach an, ihre Steuererklärung zu erstellen.

Gut 36 Prozent sagen, der Aufwand sei in den vergangenen fünf Jahren gestiegen. Für etwa die Hälfte hat sich nichts verändert. Liegt die Erklärung beim Finanzamt, beginnt für viele Arbeitnehmer das Rätselraten: Immerhin 57 Prozent glauben, ihre Steuererklärung „überwiegend“ richtig gemacht zu haben, ein Viertel ist sich der Sache nicht sicher.

Schlauer Vogel

Computeraffinen Steuerbürgern bieten die Finanzämter seit einigen Jahren die Möglichkeit, ihre Steuererklärung online abzugeben. Möglich ist dies mit ElsterFormular, dem offiziellen Programm der Finanzverwaltung von Bund und Ländern zum Ausfüllen der Steuererklärungsformulare.

Mit der kostenlosen Software können die Steuererklärung beziehungsweise die Steueranmeldung am PC erstellt und anschließend elektronisch übermittelt werden. Arbeitnehmer finden hier den Hauptbogen für die Einkommenssteuererklärung und die weiteren Anlagen und können diese direkt am Bildschirm ausfüllen. Arbeitgeber können den Service ebenfalls nutzen.

Das Programm verfügt über einen Plausibilitätscheck, und wenn man die Formulare einmal digital ausgefüllt hat, kann man bestimmte Angaben in den kommenden Jahren übernehmen. Einen Steuerberater ersetzt die Software zwar nicht, aber sie erleichtert das Erstellen der Erklärung enorm.

Download unter www.elsterformular.de.

Globalisierter Rasen

Fußball-Europameisterschaft. Internationale Turniere wie die nahende Europameisterschaft (EM) können für Fußballer zu einem Karrieresprungbrett werden. Und auch die Vereine profitieren, kassieren sie doch oft stattliche Ablösezahlungen durch Vereinswechsel ihrer EM-Kicker. In diesem Jahr könnte die Erste Bundesliga absahnen – sie stellt immerhin 48 Spieler in den verschiedenen Nationalmannschaften.

20 Prozent mehr als früher – das mussten laut transfermarkt.de Fußballvereine im Schnitt zahlen, wenn sie nach der Weltmeisterschaft 2010 einen deutschen Nationalspieler abwerben wollten. Deutschlands Mittelfeld-Ass Mesut Özil war damals der Star: Er wechselte für rund 18 Millionen Euro von Werder Bremen zum spanischen Spitzenklub Real Madrid. Gerade mal 18 Monate zuvor war er noch für einen Bruchteil dieser Summe an die Weser gewechselt.

Auch bei der kommenden Europameisterschaft könnte die Bundesliga wieder kassieren, stellt sie doch insgesamt 48 Spieler in unterschiedlichen Nationalkadern (Grafik). Anders ausgedrückt: Neben den 19 deutschen Nationalspielern standen in der abgelaufenen Saison 29 Spieler ausländischer EM-Teams bei deutschen Vereinen unter Vertrag.

Die Zeiten, in denen die Nationalspieler eines Landes nur bei Vereinen der heimischen Liga verpflichtet waren, sind vorbei. Die Globalisierung ist auf dem Rasen angekommen:

Etwa die Hälfte aller EM-Spieler kickt nicht in der jeweiligen Heimat, sondern in einer ausländischen Liga.

Hierbei gibt es auch beide Extreme: Von den Spielern der englischen Nationalmannschaft spielen alle in der heimischen Liga, von denen der irischen Nationalmannschaft kein einziger.

Auch sportlich geht Deutschland als ein Favorit ins Turnier. Das zeigt sich anhand der Stärke jener Vereine, für die deutsche Spieler in der abgelaufenen Saison aktiv waren. Der sogenannte UEFA-Klub-Koeffizient, der die sportlichen Erfolge widerspiegelt, liegt für die Deutschen nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln bei 20,9 Punkten – nur die Klubs des amtierenden Welt- und Europameisters



Fußball-Europameisterschaft: Viele Bundesligisten vertreten

So viele Nationalspieler, die bei der EM 2012 im Einsatz sind, spielen in der Fußball-Liga dieses Landes

England	 79
Deutschland	 48
Spanien	 33
Italien	 31
Russland	 30
Ukraine	 27
Frankreich	 25
Griechenland	 17
Niederlande	 16
Portugal	 11
Tschechien	 8
Dänemark	 8
Polen	 5
Kroatien	 4
Schweden	 3
Irland	0

© 2012 Iw Medien - iwD 23

Ursprungsdaten: UEFA

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Spanien sind mit 27,5 Punkten besser. Schlusslicht sind die oft bei mittelklassigen englischen Mannschaften klickenden Iren mit einem UEFA-Klub-Koeffizienten von 2,5.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.